

Der lange Weg zum Vaterschaftsurlaub endet am 27. September

Autor(en): **Bauer, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Obstetrica : das Hebammenfachmagazin = Obstetrica : la revue spécialisée des sages-femmes**

Band (Jahr): **118 (2020)**

Heft 9

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-949092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Der lange Weg des Vaterschaftsurlaubs endet am 27. September

Am 27. September stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Einführung von zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ab. Bis zu diesem politischen Kompromiss war es ein langer Weg. Die Geschichte des Vaterschaftsurlaubs zeigt einmal mehr, wie die schweizerische Familienpolitik der gesellschaftlichen Entwicklung hinterhinkt. Dies wird sich auch bei einer Einführung des Vaterschaftsurlaubs nicht ändern. Trotzdem lohnt sich ein Ja in jedem Fall. Denn: auch ein kurzer Vaterschaftsurlaub wirkt.

TEXT:
THOMAS
BAUER

Die politische Arbeit für den Vaterschaftsurlaub begann in den Büros von Travail.Suisse vor 15 Jahren. Erste Unternehmen und Verwaltungen hatten bereits freiwillig oder auf Druck der Arbeitnehmenden einen Vaterschaftsurlaub eingeführt. Travail.Suisse empfahl 2006 noch eher zurückhaltend eine Nachahmung.

Im April 2007 verlangte Travail.Suisse erstmals deutlich einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen. Diese Forderung blieb allerdings erfolglos. Im Dezember 2007 lehnte nach dem Bundesrat auch der Ständerat eine entsprechende Motion von Roger Nordmann ab. Bereits damals sprach sich in Umfragen eine Mehrheit der Bevölkerung für einen mehrtätigen Vaterschaftsurlaub aus, allerdings ohne politisches Gehör.

Privilegien für wenige statt eine Lösung für alle

Trotzdem fanden die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden zunehmend Eingang in Arbeitsverträge, vorerst v. a. bei der öffentlichen Hand. 2008 gewährten immerhin schon neun Kantone ihren Angestellten einen Vaterschaftsurlaub von fünf Tagen. In neun Kantonen hingegen wurden den Arbeitnehmenden nur die gesetzlich zugesicherten ein bis zwei Tage zugestanden. Auch der Bund führte 2008 einen Vaterschaftsurlaub von fünf Tagen ein, den er bereits im Jahr 2013 auf zehn Tage erhöhte. Er zog damit mit Unternehmen wie der UBS, der CS, Switcher oder Mobility gleich. Zwar gewann der Vaterschaftsurlaub dadurch an Bedeutung, er blieb aber weitgehend ein Privileg von Arbeitnehmenden in

Ende September 2019 stimmten National- und Ständerat der Einführung eines zwei wöchigen Vaterschaftsurlaub deutlich zu.

der öffentlichen Verwaltung, in Konzernen oder besonders progressiven Unternehmen. Dies sollte vorerst auch so bleiben. Denn Bundesrat und Parlament sperrten sich gegen eine gesetzliche Lösung für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz. Privilegiert sollten offenbar nur Bundesangestellte werden.

Das Parlament blockiert – eine Initiative wird notwendig

Im Jahr 2015 reichte Martin Candinas (CVP) eine parlamentarische Initiative für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ein. Auch dieser war allerdings kein Erfolg beschieden. Zwar befürwortete die Sozialkommission des Nationalrats das Anliegen, der Nationalrat folgte seiner Kommission allerdings ebenso wenig wie die Sozialkommission des Ständerats. Dies obwohl in einer repräsentativen Umfrage des Link Instituts 80% der Schweizer Stimmbevölkerung einen bezahlten gesetzlichen Vaterschaftsurlaub befürworteten. Damit wurde klar, dass nur eine Volksinitiative dem Begehren zum Durchbruch verhelfen konnte. Travail.Suisse lancierte deshalb im Jahr 2016 gemeinsam mit den Dachverbänden Pro Familia, Alliance F und Männer.ch die Initiative für 20 Tage Vaterschaftsurlaub. Sie wurde 2017 eingereicht.

Sozialpartnerschaftliche Lösungen als Vorreiter

Die Botschaft des Bundesrats zur Initiative war klar: zu teuer und für Unternehmen nicht organisierbar. Die Frage des Vaterschaftsurlaubs solle sozialpartnerschaft-

lich verhandelt werden. Diesen Weg über die Sozialpartnerschaft bestritten die Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände beim Vaterschaftsurlaub seit einiger Zeit zwar durchaus mit Erfolg. So wurde bspw. im Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes 2017 ein Vaterschaftsurlaub von fünf Tagen eingeführt. Bei grossen Detailhändlern und der Post (ab 2021) haben Arbeitnehmende einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen.

Diese Beispiele zeigen, dass auf betrieblicher Ebene über die Gesamtarbeitsverträge durchaus Fortschritte für Arbeitnehmende erzielt werden können. Sie bleiben aber punktuell, abhängig von der Verhandlungs-

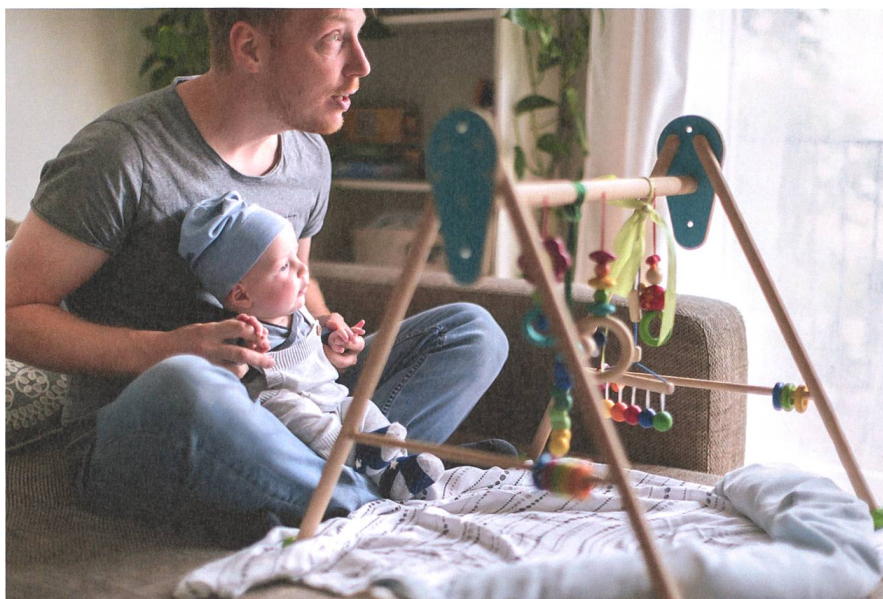
macht der Arbeitnehmenden und der Art ihrer Forderungen. Zu hoffen ist, dass sich beim Vaterschaftsurlaub eine ähnliche Entwicklung zeigt wie etwa bei der betrieblichen Altersvorsorge oder der Mutterschaftsversicherung. Die Erfolge, die hier in den Verhandlungen zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebern erzielt werden konnten, waren zwar nicht flächendeckend, letztlich aber entscheidend dafür, dass einer allgemeinen gesetzlichen Lösung als Mindeststandard für alle Arbeitnehmenden der Weg geebnet werden konnte.

Der Gegenvorschlag setzt sich durch

Während auf betrieblicher Ebene die Fortschritte zunahm, verweigerte sich die Politik dem gesellschaftlichen Bedürfnis auch weiterhin. Sie lehnte die Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub ab. Hingegen gab es einen Lichtblick: Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats stellte der Initiative einen indirekten Gegenentwurf gegenüber. Sie schlug einen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen vor. Dieser wurde von der nationalrätlichen Kommission ebenfalls gutgeheissen. Der Bundesrat lehnte zwar auch diesen Gegenentwurf ab. Damit konnte er die Räte aber nicht mehr von ihrem Vorhaben abbringen. Ende September 2019 stimmten National- und Ständerat der Einführung eines zwei wöchigen Vaterschaftsurlaub deutlich zu. Aus allen Parteien befürwor-



Keystone / Gaetan Bally



Keystone / Gaetan Bally

teten Parlamentarier/-innen den Gegenentwurf, wobei die Anzahl der ablehnenden Stimmen v. a. in der SVP hoch war.

Im Oktober 2019 entschied das Initiativkomitee als direkte Konsequenz darauf, seine Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub zurückzuziehen, sofern der Gegenentwurf umgesetzt wird. Ausschlaggebend für den Rückzug war dabei die Tatsache, dass das erforderliche Ständemehr für vier Wochen Vaterschaftsurlaub kaum erzielt worden wäre. Das Versprechen des Trägervereins war denn auch: «Vaterschaftsurlaub jetzt!» Es sollte rasch umgesetzt werden. Ein Rückzug der Initiative bot dafür Hand.

Die Debatte verändert sich

Mit zunehmender Dauer der Diskussion über den Vaterschaftsurlaub hatte sich aber auch der Diskurs verändert. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewann in der Öffentlichkeit zunehmend an Dringlichkeit und Lautstärke. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Frauenstreiks vom Juni 2019, aber auch von strukturellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen wie der steigenden Frauenerwerbstätigkeit, dem zunehmenden Fachkräftemangel in einigen Berufen sowie dem demografischen Wandel. Immer mehr inter-

nationale Konzerne führten zudem – im «weltweiten Kampf um Talente» – teilweise sehr grosszügige Leistungen für ihre Mitarbeitenden ein mit dem Ziel, die familienpolitische Rückständigkeit der Schweiz wettzumachen.

Im Oktober 2019 entschied das Initiativkomitee als direkte Konsequenz darauf, seine Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub zurückzuziehen, sofern der Gegenentwurf umgesetzt wird.

Im Jahr 2019 änderte sich aber nicht nur die Lautstärke des Diskurses, sondern auch ihr Fokus. Immer mehr war bereits in der parlamentarischen Diskussion zur Initiative und

zum Gegenentwurf von einer Elternzeit die Rede. Die FDP schlug noch zu dieser Zeit einen Gegenentwurf für 16 Wochen Elternzeit vor, wobei den Müttern 8 Wochen zugesichert wurden. Damit betonte der Freisinn zwar die Frage der Gleichstellung. Er ignorierte gleichzeitig aber den gesundheitlichen Aspekt, der bei der Geburt eines Kindes für die Mutter ebenfalls zentral ist. Der Vorschlag war deshalb nicht nur rechtlich höchst fragwürdig, sondern auch politisch chancenlos. Doch auch die anderen Parteien machten neue Vorschläge für eine Elternzeit. GLP und BDP schlugen je 14 Wochen für Vater und Mutter vor, die SP forderte zusätzlich 10 frei aufteilbare Wochen. Auch wenn diese Vorschläge politisch ebenso chancenlos waren, hatte die Diskussion um den Vaterschaftsurlaub damit definitiv einen neuen Verlauf genommen. Gleichzeitig hatte sich ihr Fokus – kurz vor den Wahlen – aber auch deutlich von den Möglichkeiten der politischen Durchsetzbarkeit verabschiedet.

Referendum gegen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub

Während sich der politische Diskurs in Richtung Elternzeit verschob, ergriff eine Gruppe um SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr das Referendum gegen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Mit unlauteren, aber legalen

Methoden wurden bis Ende Januar 2020 genügend Unterschriften gesammelt. Die politische Diskussion wurde dadurch ziemlich unsanft auf den Boden der schweizerischen Realität zurückgeholt. Dies zeigte sich auch an den Mitgliedern des Referendumskomitees. Es umfasst bekannte Gesichter wie Christoph Blocher und Peter Spuhler, die bereits gegen eine Mutterschaftsversicherung gekämpft hatten. 15 Jahre danach führen die gleichen Leute einem Kampf gegen den Vaterschaftsurlaub.

Dass sich die Schweiz in den letzten Jahren auch politisch verändert hat, zeigt sich allerdings deutlich an den bröckelnden Fronten. Heute befürworten sogar Teile der SVP und des Gewerbes die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Mehrere Bundesparlamentarier/-innen der SVP sind Mitglied im Ja-Komitee und auch der Baumeisterverband hat die Ja-Parole zum Vaterschaftsurlaub beschlossen.

Schweiz von heute: Frauenerwerb und Gesundheitsversorgung

Auch wirtschaftlich und gesellschaftlich hat sich die Schweiz in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Erwerbstätigkeit. Während 1991 erst 50 % der Frauen mit Kindern zwischen null und sechs Jahren erwerbstätig waren, so waren es im Jahr 2019 bereits 80 %. Es ist nicht schwer nachvollziehbar, dass aus dieser Veränderung eine bessere Verteilung der Betreuungs- und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern folgen muss. Dafür braucht es allerdings auch eine An-

passung des gesetzlichen Rahmens. Ein Vaterschaftsurlaub ist dafür ein wichtiger Schritt vorwärts. Dies ist aber nur ein Aspekt.

Die vergangenen Jahre waren im Gesundheitswesen geprägt von Spardruck und Ökonomisierung. Damit einher gingen immer kürzere Aufenthalte im Spital nach der Geburt. Die medizinische Versorgung für Mütter wurde dadurch reduziert, ohne dass gleichzeitig die soziale Unterstützung verbessert worden wäre. Der Vaterschaftsurlaub kann diese soziale Versorgungslücke schliessen und damit zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern beitragen. Studien zeigen klar, dass bereits ein kurzer Vaterschaftsurlaub die Gesundheit von Müttern wesentlich verbessern kann (Redshaw & Henderson, 2013; Persson & Rossin-Slater, 2019). Dies zeigt, dass der gesundheitliche Aspekt ein wichtiges Argument für die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ist.

hausfraktionen dem Komitee angeschlossen. Damit stehen die Chancen für ein Ja am 27. September gut. Entscheidend wird sein, dass alle Befürworter/-innen – trotz der verbreiteten mittleren Unzufriedenheit mit der Vorlage – an die Urne gehen. Alles andere als ein klares Ja wäre nicht nur ein Rückschritt für die Väter, sondern auch ein fatales Zeichen für die Zukunft der Familienpolitik in der Schweiz. ☉

AUTOR



Thomas Bauer

ist Leiter Sozialpolitik bei Travail.Suisse und Mitglied der Geschäftsleitung. Davor arbeitete er in den Wirtschaftsämtern der Kantone Basel-Stadt und Zürich. Er ist promovierter Ökonom. Thomas Bauer lebt in Bern und ist Vater zweier Kinder.

Eine breite Allianz befürwortet einen wichtigen Kompromiss

Obwohl es durchaus Kritik an der bescheidenen Lösung von zwei Wochen Vaterschaftsurlaub gibt, hat sich eine enorm breite Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien zur Unterstützung der Vorlage gebildet. Zudem haben sich Parlamentarier/-innen aller Bundes-

Literatur

Redshaw, M. & Henderson, J. (2013) Fathers' engagement in pregnancy and childbirth: evidence from national survey. *BMC Pregnancy and Childbirth*; Band 13, Art.-Nr. 70, S. 7.

Persson, P. & Rossin-Slater, M. (2019) When Dad can Stay Home: Fathers' Workplace Flexibility and Maternal Health. IZA Discussion Paper Series, DP Nr. 12386, Mai.